Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich **Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung**	Datum
	Schriftführer Peter Kredelbach Telefon-Nr. **02202/142237**
Niederschrift	
Hauptausschuss	**Sitzung am** **Dienstag, 8. Oktober 2002**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 18:11 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A <u>Öffentlicher Teil</u>

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.07.2002 - öffentlicher Teil -
491/2002

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

5. Neuwahl einer stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellvertretenden Vorsitzen-

den des Hauptausschusses
585/2002

6. Stadtvertretung, Dienstreisen;
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
581/2002

7. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2001
- Wohnungsbauprogramm 2002
500/2002

8. Benennung des Platzes am Ende der Straße Am Schloss in Berg. Gladbach - Bensberg
Benennung der neu entstehenden Erschließungsstraße im B-Plan Nr. 6113 - Brandroster in Berg. Gladbach - Refrath
Benennung des Platzes im Kinderdorf Bethanien in Bergisch Gladbach - Refrath
Bennennung des Fußweges zwischen Vinzenz-Pallotti-Hospital und der Straße Klausenberg in Bergisch Gladbach-Bensberg
580/2002

8. Name der Wilhelm-Wagener-Schule
519/2002

9. Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis
503/2002

10. Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach für Altenehrungen und Ehejubiläen
579/2002

11. Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Verwaltungsgebäuden (Benutzungsrichtlinien)
582/2002

12. Wiederwahl des Herrn Michael Kotulla zum Ersten Beigeordneten und erneute Bestellung zum Stadtkämmerer
505/2002

13. Bericht aus dem Ausländerbeirat

588/2002

13. Beschluss über Ausgaben des Ausländerbeirates
589/2002

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde, sowie beschlussfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 25.09.2002 mit den beigefügten Vorlagen,

2. die Beschlussvorlage 519/2002 zur Namensgebung der Wilhelm-Wagener-Schule,

3. die Beschlussvorlage 503/2002 zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsstelle beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.07.2002 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Haus- und Straßensammlung der Sander Ortsvereine sowie der Interessengemeinschaft Sander Kirmes
---
-

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, dass Mitglieder der Sander Ortsvereine sowie der Interessengemeinschaft Sander Kirmes ein städtisches Grundstück im Bereich Ommerbornstraße/Schulstraße in Eigenleistung hergerichtet hätten. Die Stadt sei hier lediglich planerisch tätig geworden und habe notwendige Gerätschaften zur Verfügung gestellt. Die Initiatoren hätten des Weiteren eine Haus- und Straßensammlung durchgeführt, die 4.876,30 € erbracht habe. Aus diesem Betrag sei u.a. eine Beleuchtung des neu entstandenen Platzes finanziert worden. Zudem hätten die Initiatoren dort ein restauriertes Wegekreuz aufgestellt, das bislang in Breite gestanden habe.

Sie bedankt sich bei den Initiatoren für ihr besonderes bürgerschaftliches Engagement.

5. Neuwahl einer stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses

Herr Buchholz benennt für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Kassner.

Herr Freese benennt Frau Hammelrath. Er weist darauf hin, dass der SPD-Fraktion aufgrund ihrer Stärke der stellvertretende Ausschussvorsitz zustehe.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der CDU folgenden

Beschluss:

Dr. Uwe Kassner wird zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt.

6. Stadtvertretung, Dienstreisen;
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 16.09.2002 wird genehmigt.

7. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2001
- Wohnungsbauprogramm 2002

Stadtkämmerer Kotulla informiert darüber, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und der Finanz- und Liegenschaftsausschuss die Mitteilungsvorlage bereits zur Kenntnis genommen hätten. Er empfiehlt dem Hauptausschuss, dies ebenfalls zu tun. Entsprechend dem Wunsch der beiden vorgenannten Ausschüsse werde der Bericht noch um spezielle Daten aus dem Fachbereich 5 ergänzt. Dies sei jedoch bislang aus personellen Gründen noch nicht möglich gewesen, weshalb eine ergänzende Vorlage den zuständigen Gremien zu Beginn des Jahres 2003 unterbreitet werden solle.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass der Bestand an für die Stadt verfügbarem sozialem Wohnraum zwischen 1994 und 2001 um 20 % zurückgegangen sei. Der Grund hierfür liege auch darin, dass durch die Bauleitplanung nicht genügend Flächen für neuen sozialen Wohnungsbau ausgewiesen wurden. Gerade für die Bereiche Pannenberg und Ortsmitte Schildgen habe eine entsprechende Diskussion stattgefunden. Er mahnt an, hier wieder eine verstärkte Vorsorge zu treffen.

Herr Freese lobt den umfangreichen und aussagekräftigen Bericht. Nach dem Still-

stand im sozialen Wohnungsbau in den Jahren 1999 und 2000 habe es wenigstens in 2001 durch entsprechende Ausweisungen im Bereich der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne wieder neue Aktivitäten gegeben. Es gebe seit Jahren einen Anteil zwischen 700 und 900 Haushalten, die dringend eine bezahlbare Wohnung suchten. Da ständig älterer Wohnbestand aus der Sozialbindung herausfalle, schwinde der Anteil an bezahlbaren Wohnungen. Im Bereich des Pannenberges seien Flächen ausgewiesen, auf denen Wohnraum für kinderreiche Familien errichtet werden könne. Noch sei die Fläche verfügbar.

Herr Hoffstadt erwartet von Fachbereich 5 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation im Segment der Sozialwohnungsbestände.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, dass dies auch von der neuen Bundesgesetzgebung in diesem Bereich beeinflusst werde. Er weist darauf hin, dass es bereits vor 1999 ausgesprochen schwierig war, Kontingente für den sozialen Wohnungsbau abzurufen, da sich immer weniger Investoren für einen solchen fanden. Insofern müssten gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Anreiz in diesem Bereich erhöhen.

Auf Nachfrage von Herrn Freese bestätigt Bürgermeisterin Opladen, dass das Zweckentfremdungsgebot von Wohnraum für die Stadt Bergisch Gladbach nicht mehr gelte. Der Rat habe das Stellen eines entsprechenden Antrages beschlossen und die Landesregierung sei dem gefolgt.

Im Übrigen nimmt der Hauptausschuss den Bericht zur Kenntnis.

8. <u>Benennung des Platzes am Ende der Straße Am Schloß in Berg. Gladbach - Bensberg</u>
<u>Benennung der neu entstehenden Erschließungsstraße im B-Plan Nr. 6113 - Brandroster in Berg. Gladbach - Refrath</u>
<u>Benennung des Platzes im Kinderdorf Bethanien in Bergisch Gladbach - Refrath</u>
<u>Bennennung des Fußweges zwischen Vinzenz-Pallotti-Hospital und der Straße Klausenberg in Bergisch Gladbach-Bensberg</u>

Frau Böhrs begrüßt die Tatsache, dass eine Benennung der in der Vorlage benannten Orte nach verdienten Frauen vorgenommen werden soll. Als problematisch sehe sie es an, dass es sich ausschließlich um „dienende“ Frauen gehandelt habe. Insoweit präferiere sie eine Benennung der im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 6113 – Brandroster – neu entstehenden Straße nach Katharina Güschen und nicht nach Lucie Kahlenborn. Bei Katharina Güschen habe es sich um eine starke Frau gehandelt, die sich vehement auch für Frauenrecht einsetzte.

Herr Hoffstadt schließt sich dieser Auffassung an und betont die besondere historische Dimension von Katharina Güschen. Diese stehe für den Umgang mit Frauen in dieser Epoche. Demgegenüber habe Lucie Kahlenborn eine wesentlich geringere Bedeutung. Er beantragt, die Straße im Bereich des o.g. Bebauungsplanes nach Katharina Güschen zu benennen und Lucie Kahlenborn für eine spätere Benennung zurückzustellen. Dies befinde sich im Übrigen in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Mann und Frau.

Herr Freese unterstellt, dass mit einer Benennung der Straße nach Lucie Kahlenborn der CDU im Allgemeinen und dem Bürger- und Heimatverein Refrath im Besonderen ein Gefallen erwiesen werde. Katharina Güschen habe für Refrath gelitten und eine ungleich größere Bedeutung als Lucie Kahlenborn. Letztere mit Katharina Güschen gleichzustellen sei nicht möglich.

Für Herrn Buchholz stehen die Verdienste von Katharina Güschen außer Frage. Dennoch rechtfertigten diese nicht eine unmittelbare Straßenbenennung. Die Einlassungen der SPD-Fraktion seien unsachlich.

Herr Neuheuser ist der Auffassung, dass eine bedeutendere Straße als die im Gebiet des Bebauungsplanes Brandroster nach Katharina Güschen benannt werden sollte. Aus diesem Grunde stimme er dem Verwaltungsvorschlag zu.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der CDU folgenden

Beschluss:

Der Platz am Ende der Straße Am Schloß wird mit der Bezeichnung „Anna-Maria-Medici-Platz“ benannt.
Die im B-Plan Nr. 6113 - Brandroster neu entstehende Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Lucie–Kahlenborn-Straße“.

Der Platz im Kinderdorf Bethanien in Bergisch Gladbach - Refrath soll nach dessen Gründerin mit „Schwester-Consolata-Platz“ bezeichnet werden.

Der Fußweg vom Vinzenz - Pallotti - Hospital bis zur Straße Klausenberg erhält die Bezeichnung „Schwester-Matthia-Weg“.

8. Name der Wilhelm-Wagener-Schule

Herr Dehler weist darauf hin, dass die vom Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport unterbreitete abweichende Beschlussempfehlung auf dem Willen der Eltern und Lehrer der Schule beruhe. Zudem enthalte der Name „Verbundschule“ durchaus den Hinweis auf die Eigenschaft der dort unterrichteten Kinder und Jugendlichen. Gerade für das spätere Bewerben der Schüler um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz sei es sehr wichtig, dass der Begriff „Sonderschule“ in den Zeugnissen nicht auftauche.

Herr Freese schließt sich dieser Auffassung an. Gerade in der Lehrerschaft wäre die ursprüngliche Namensgebung geeignet gewesen, Probleme hervorzurufen.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Name der neu errichteten Verbundschule lautet Wilhelm-Wagener-Schule, Verbundschule der Stadt Bergisch Gladbach.

9. Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle beim Jugendamt

der Stadt Bergisch Gladbach für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis

Der Hauptausschuss unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlussempfehlung:

1. **Der Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach ab dem 01.01.2003 wird zugestimmt.**

2. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle, die am 01.01.2003 in Kraft treten soll, abzuschließen und die erforderliche Genehmigung einzuholen.**

3. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die als Anlage 2 beigefügte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle, die am 01.01.2003 in Kraft treten soll, abzuschließen. Die Zustimmung der zentralen Adoptionsvermittlungsstelle des Landesjugendamtes Rheinland zur Bildung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle ist einzuholen.**

4. **Den durch die Übernahme dieser Aufgabe erforderlichen Veränderungen im Stellenplan des Fachbereiches 5 – Jugend und Soziales – und dem Abschluss eines Gestellungsvertrages zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach über die Gestellung einer auch weiterhin bei der Kreisverwaltung angestellten Fachkraft (0,75 Stelle) wird zugestimmt.**

10. Änderung der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach für Altenehrungen und Ehejubiläen

Herr Freese beantragt, dem Rat in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung zu unterbreiten und die Entscheidung zunächst zu vertagen. Mit der Angelegenheit solle sich der Ältestenrat befassen.

Herr Buchholz hat gegen diese Verfahrensweise keine Bedenken. Allerdings solle die Angelegenheit noch in diesem Jahr entschieden werden.

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, die Abstimmung im Ältestenrat rasch vorzunehmen. Entsprechend sei eine Sitzung möglichst schnell anzuberaumen.

Es besteht Einvernehmen, dass der Hauptausschuss dem Rat in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung unterbreitet und die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt vertagt ist.

11. Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Verwaltungsgebäuden

(Benutzungsrichtlinien)

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, dass sich die Richtlinien nur auf Räumlichkeiten in Verwaltungsgebäuden, insbesondere die beiden Ratssäle, beziehen. Sportstätten und Schulgebäude würden nicht erfasst.

Frau Schmidt-Bolzmann fragt an, wie Satz 2 des Punktes 2.3 der Richtlinien zu verstehen sei. Hiernach werde die kostenlose Überlassung der Räumlichkeiten für die in Satz 1 benannten Organisationen je Mieter auf zweimal jährlich begrenzt. Es sei nicht klar, ob sich diese Regelung auf jeden der beiden Ratssäle beziehe oder ob man insgesamt nur zweimal kostenlos nutzen dürfe.

Bürgermeisterin Opladen erläutert, dass diese Regelung den Versuch darstelle, die kostenlose Nutzung der beiden Ratssäle etwas zu lenken. Die FDP habe den Bensberger Ratssaal im vergangenen Jahr insgesamt achtmal genutzt. Da jedes Mal auch Kosten entstünden, die durch die Verwaltung zu tragen seien, müsse die Nutzung der Säle durch die Parteien einer Regelung unterworfen werden. Auf Nachfrage von Frau Schmidt-Bolzmann stellt sie klar, dass sich die im benannten Satz aufgeführte Regelung auf beide Ratssäle beziehe, mithin also insgesamt nur eine zweimalige Nutzung stattfinden dürfe.

Sie habe keine Bedenken, den in Rede stehenden Satz aus den Richtlinien zu streichen, wenn sich die Parteien eine Selbstbeschränkung hinsichtlich der Nutzung der Ratssäle auferlegten.

Für Herrn Ziffus ist es unverständlich, dass im Vergleich der alten mit den neuen Entgelten die die Kosten der Nutzung des Ratssaales Bensberg für 7 Stunden und mit Foyer künftig von 260,-- auf 950,-- DM (133,-- auf 485,-- €) ansteige. Er frage sich, wer bei diesem Preis künftig den Saal noch anmieten werde. Demgegenüber verbillige sich der große Ratssaal in Bergisch Gladbach von 260,-- auf 232,-- DM bei einer 7-stündigen Nutzung (133,-- auf 119,-- €). Dieser Ratssaal sei nicht um so vieles kleiner als der Bensberger, um einen solchen Unterschied im Vergleich zu rechtfertigen. Des Weiteren halte er eine Beschränkung auf eine zweimalige Nutzung für sehr restriktiv. Er erkenne an, dass eine achtmalige Nutzung zuviel sei. Er schlägt vor, eine Nutzung einmal pro Quartal, also insgesamt für viermal pro Jahr zuzulassen.

Herr Dr. Kassner weist zunächst auf Satz 2 des Punktes 2.1 der Richtlinien hin. Dieser könne ggf. noch etwas konkretisiert werden. Für Satz 1 des Punktes 2.3 schlägt er vor, die Unterpunkte c) und d) wie folgt zusammenzufassen: „Alle gemeinnützigen Vereine und Organisationen.“ Bei der Entgeltordnung sei in der Überschrift der Begriff Sportstätten ersatzlos zu streichen. Im Übrigen habe der Rat die Entgelte zuletzt 1981 angehoben. Insoweit halte er die neuen Beträge nicht für überzogen.

Herr Freese sieht einen deutlichen Eingriff in die Gestaltungsmöglichkeiten der Parteien, wenn die Nutzung der Säle auf zweimal jährlich begrenzt werde. Die kleinen Parteien hätten nicht so große Zuwendungen zu verzeichnen wie die großen. Zudem werde der künftig für den Ratssaal Bensberg geforderte hohe Betrag wahrscheinlich schon von sich aus dazu führen, dass diese Räumlichkeit nicht öfter als in Satz 2 des Punktes 2.3 dargestellt genutzt werden. Er halte den Vorschlag von Herrn Ziffus für einen gangbaren Kompromiss.

Herr Cüpper schließt sich dieser Auffassung ebenfalls an. Die mögliche Nutzung der Säle von viermal im Jahr könne zugebilligt werden, wobei eine Festschreibung auf die jeweiligen Quartale nicht notwendig sei.

Herr Neuheuser weist darauf hin, dass die Formulierung in Satz 1 d) des Punktes 2.3 bei einer engen Auslegung des Begriffes „karitativ“ die Sportvereine und Jugendverbände nicht umfasse. Daher solle dieser Begriff ersatzlos entfallen.

Herr Dr. Kassner stellt klar, dass die von ihm vorgeschlagene Formulierung dem gerecht werde.

Herr Müller möchte wissen, ob sich der diskutierte Kompromiss nur auf Parteien beziehe oder ob davon alle unter dem Punkt 2.3 benannten Organisationen erfasst werden sollen. Für ihn sei es notwendig, alle Organisationen einschließlich der Parteien in die Kompromissregelung mit einzubeziehen.

Bürgermeisterin Opladen betont nochmals, dass sie keine Probleme habe, Satz 2 des Punktes 2.3 entfallen zu lassen, wenn eine freiwillige Selbstkontrolle funktioniere. Der Ratssaal in Bensberg sei in erster Linie für die Nutzung durch Veranstaltungen des Rates und der Ausschüsse vorgesehen. Im Ratssaal Bergisch Gladbach fänden vorwiegend Trauungen statt. Es sei ohnehin schon sehr schwierig, unter Berücksichtigung dessen andere Veranstaltungen entsprechend geäußerten Terminwünschen unterzubringen. Funktioniere eine Selbstbeschränkung, könne auch künftig auf eine Regelung verzichtet werden.

Herr Buchholz ist der Auffassung, dass genau so verfahren werden sollte.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgende

Beschlussempfehlung:

Die Richtlinien für die Benutzung der Räumlichkeiten in den Verwaltungsgebäuden (Benutzungsrichtlinien) einschließlich der Entgeltordnung werden in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der vom Hauptausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

12. Wiederwahl des Herrn Michael Kotulla zum Ersten Beigeordneten und erneute Bestellung zum Stadtkämmerer

Stadtkämmerer Kotulla verlässt den Sitzungssaal.

Herr Ziffus spricht sich gegen eine Wiederwahl von Herrn Kotulla aus. Nach dessen 16jähriger Tätigkeit als Stadtkämmerer gebiete es die derzeitige prekäre finanzielle Situation der Stadt, dieses Amt einer anderen Persönlichkeit zu übertragen. Die zu erwartenden schwierigen Verhandlungen in alle Richtungen und mit verschiedensten Gruppierungen erforderten eine jüngere Persönlichkeit mit neuen Ideen.

Frau Schmidt-Bolzmann hält es gerade vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation für sinnvoll, Herrn Kotulla erneut zu wählen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP folgenden

Beschluss:

Herr Michael Kotulla wird zum Ersten Beigeordneten wiedergewählt und erneut zum Stadtkämmerer bestellt.

13. Bericht aus dem Ausländerbeirat

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Beschluss über Ausgaben des Ausländerbeirates

Frau Böhrs möchte wissen, auf welcher Rechtsgrundlage eine Verweigerung der Zustimmung des Hauptausschusses zur Sachspende an den Verein Spinboldak e.V. beruhe. Ihrer Auffassung nach sei der Ausländerbeirat bei der Entscheidung über diese Angelegenheit souverän.

Verwaltungsmitarbeiterin Monheim erläutert, dass dem Ausländerbeirat finanzielle Mittel nur zur Erledigung seiner eigenen Aufgaben bewilligt würden. Die Spende an Spinboldak e.V. werde hiervon nicht erfasst. Zudem bewege sich die Spende nicht innerhalb des dem Ausländerbeirat vorgegebenen Handlungsrahmens.

Herr Dr. Kassner stimmt dieser Auffassung zu. Gegen eine Spende an Spinboldak e.V. sei nichts einzuwenden, nicht jedoch aus öffentlichen Mitteln.

Frau Böhrs entgegnet, dass mit dem Betrag ursprünglich eine Prämierung von Schulprojekten, die sich des Themas „Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ annehmen, dienen sollte. Dies sollte rechtens sein, obwohl bei Anlegung der o.g. Kriterien auch kein Bezug zur Arbeit des Ausländerbeirates vorliege.

Frau Wöber-Servaes antwortet, dass die benannten Schulprojekte der Völkerverständigung dienen und somit dem Handlungsrahmen des Ausländerbeirates entsprächen. Sie könne aber sowohl die Auffassung des Ausländerbeirates als auch die der Verwaltung nachvollziehen. Es bestehe die Gefahr, dass bei einer Berücksichtigung von Spinboldak e.V. andere Organisationen einen ähnlichen Anspruch erheben.

Herr Hoffstadt betont, dass der Hauptausschuss die Ausgaben des Ausländerbeirates sanktioniere und aufgrund dessen souverän sei, über eine Sachspende wie die an Spinboldak e.V. zu befinden.

Herr Ziffus hält es vor dem Hintergrund der besonderen Situation in Afghanistan und des Engagements der Deutschen dort für gerechtfertigt, die Spende zu genehmigen.

Fachbereichsleiter Hastrich weist auf die Regelungen der Gemeindeordnung zum Zweck des Ausländerbeirates hin. Dieser habe zum einen die Aufgabe, die Interessen der ausländischen Bürger in der Stadt zu vertreten und des Weiteren auf ein Gelingen des Zusammenlebens der ausländischen und deutschen Bevölkerung hinzuarbeiten.

Eine Förderung von Projekten im Ausland gehöre nicht zu diesen beiden Aufgaben.

Sodann fasst der Hautausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt folgenden Ausgaben des Ausländerbeirates zu.

1. **Lesung mit einer ungarischen Autorin im Herbst 2002**
   Kosten: 614,-- €

2. **Unterstützung des Projektes „Unser europäischer Nachbar: Die Niederlande“ des Stadtverbandes Kunst, Literatur und Geschichte Bergisch Gladbach**
   Kosten: 200,-- €

3. **Erstellung eines Informationsblattes über die Arbeit des Ausländerbeirates**
   Kosten: 500,-- €

Die Mittel dürfen erst nach Genehmigung des Haushaltsplanes 2002 in Anspruch genommen werden.

Der Sachspende an den Verein Spinboldak e.V., Bergisch Gladbach, zur Unterstützung des Projektes Aufbau einer polytechnischen Schule, Alphabetisierung und Vermittlung von Fachwissen in Afghanistan (500,-- €) stimmt der Hauptausschuss nicht zu, da die Ausgabe nicht der Zweckbestimmung der Mittel entspricht, die dem Ausländerbeirat zur Erledigung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Anfrage zu einem Unfall im Mediterana

   Herr Hoffstadt führt aus, dass es im Mediterana offenbar zu einem schweren Badeunfall gekommen sei. Die hiervon betroffene Frau liege im Krankenhaus im Koma. Offenbar hätten sich zum Zeitpunkt des Unfalles keine Aufsichtspersonen des Mediterana in der Nähe befunden. Andere Badegäste hätten die Frau gerettet, eine erste Versorgung sei anschließend durch eine zufällig anwesende Krankenschwester erfolgt. Er fragt an, ob man der Angelegenheit nachgehen könne und inwieweit die Stadt hier in der Verpflichtung stehe. Weil für das Mediterana gezahlt werde, handele es sich um ein öffentliches Bad. Er weist darauf hin, dass die Thematik einer mangelnden Aufsicht im Mediterana schon einmal im vergangenen Jahr thematisiert wurde.

   Bürgermeisterin Opladen sagt eine schriftliche Beantwortung zu. In dieser werde auch dargestellt, inwieweit die Stadt hinsichtlich der Wahrnehmung der Aufsicht im benannten Bad in der Pflicht sei.

2. Anfrage zur demografischen Entwicklung

Herr Ziffus weist auf ein Fachreferat des Städte- und Gemeindebundes zur Thematik des demografischen Übergangs und der aus ihm resultierenden Konsequenzen hin. Das in diesem Referat ausgeführte 6-Punkte-Programm zur Meisterung der zu erwartenden Situation betreffe auch Belange der Kommunalpolitik. Er schlägt vor, hierzu entweder eine Projektgruppe zu begründen oder ein Hearing zu veranstalten, zu dem alle Ratsmitglieder eingeladen werden. Er möchte wissen, wie die Verwaltung mit den auf sie zukommenden Anforderungen des demografischen Überganges umzugehen gedenke.

Auf Hinweis von Herrn Hoffstadt bestätigt Bürgermeisterin Opladen, dass es einen noch abzuarbeitenden Antrag der SPD-Fraktion genau zu dieser Thematik gebe. Im Übrigen schlage sie vor, die Übersendung des eigentlichen Vortrages zunächst abzuwarten und erst dann die aus ihm zu ziehenden Schlüsse vorzustellen. Die Verwaltung werde ihn auf jeden Fall in den Rahmen der Behandlung der Gesamtthematik mit einbeziehen.

3. Anfrage zur Zuweisung der ehemaligen öffentlichen Toilette im Bereich Paffrather Straße/ Dr.-Robert-Koch-Straße

Herr Freese weist darauf hin, dass sich auf dem Dach der o.g. Toilette, welches als kleiner Platz hergerichtet sei, seit einiger Zeit Obdachlose und Stadtstreicher aufhielten. Er möchte wissen, ob diesem Personenkreis die Toilette zur Benutzung zugewiesen wurde. Er habe des Öfteren beobachtet, dass Angehörige dieser Gruppe ihre Notdurft im Freien verrichteten. Wenn die Benutzung der Toilette möglich sei, müssten diese Personen durch die Stadtwächter zu deren Benutzung angehalten werden.

Zukünftig sei darauf zu achten, dass durch das Verhalten dieser Personen kein öffentliches Ärgernis mehr entstehe.

Bürgermeisterin Opladen sagt eine schriftliche Beantwortung zu, in der dargestellt werde, wie die Problematik geregelt werden könne. Auch sie bestätigt, dass das Verhalten des benannten Personenkreises ein Ärgernis sei. Allerdings stelle der jetzige Aufenthaltsort des Personenkreises gegenüber dem früheren im Park der Villa Zanders durchaus eine wesentliche Verbesserung dar.

4. Anfrage zur Einrichtung von Ganztagsgrundschulen

Herr Jung weist auf die Bemühungen zur Einrichtung von Ganztags-Grundschulen hin. Er möchte wissen, wie weit diesbezüglich die gemeinsamen Bemühungen der Fachbereiche 4 und 5 gediehen sind. Es sei in diesem Zusammenhang einiges zu organisieren. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass eine Realisierung des Projektes bereits im August des kommenden Jahres anstehe. Neben baulichen Maßnahmen sei bis dahin noch einiges andere zu regeln. Vor allem müsse darauf geachtet werden, ob im Haushalt die notwendigen Mittel bereit stehen.

Fachbereichsleiter Hastrich bestätigt, dass eine Koordinierung des Projektes zwischen den Fachbereichen 4 und 5 durchaus stattfinde. Allerdings sei auch das Schulamt des Kreises in das Verfahren involviert. Eine Erörterung des Projektes dem Grunde nach sei in einer gemeinsamen Sitzung Anfang November beabsich-

tigt. Für die Grundschule Gronau sei die Verwaltung bemüht, auch im Hinblick auf eine Sicherstellung von Kindertagesplätzen eine kurzfristige Lösung zu realisieren. Die Angelegenheit werde jedoch zzt. noch geprüft. Insoweit sei auch der Zeitpunkt noch zu klären. Sobald die Verwaltung näheres wisse, würden der Fachausschuss und der Rat in das Verfahren eingebunden.

Auf Nachfrage von Bürgermeisterin Opladen bestätigt er, dass die Höhe der Gesamtkosten und deren Finanzierung noch zu klären sei. Dennoch arbeite die Verwaltung an einer möglichst raschen Lösung für die Grundschule Gronau.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

M. Th. Opladen

Peter Kredelbach